



Südosteuropa im Zwiespalt

Reaktionen aus den Ländern
auf die Ereignisse in der Ukraine

DIALOG SÜDOSTEUROPA

Juni 2014

- Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine und das Verhalten Russlands sowie die Reaktionen der Europäischen Union darauf werden in den Ländern Südosteuropas unterschiedlich wahrgenommen und lösen oft Zwiespalt aus.
- Albanien und Montenegro haben als einzige Nicht-EU-Mitgliedstaaten eindeutig proeuropäische Positionen bezogen, um damit ein Zeichen für ihre euroatlantische Integration zu setzen. Ebenfalls sprach sich EU-Mitglied Rumänien entschlossen für Sanktionen gegen Russland aus und fordert von der NATO eine stärkere und permanente militärische Präsenz in Osteuropa.
- Die politische Führung der EU-Mitglieder Bulgariens und Kroatiens bemüht sich bei der Positionierung zur Ukraine-Krise um Diskretion. Hier werden wirtschaftliches und energiepolitisches Kalkül gegen die politische Verbundenheit mit der EU abgewogen. In Bulgarien kommen aber gerade in der Reaktion der Bevölkerung auch die gemeinsamen historischen und kulturellen Wurzeln mit Russland zum Tragen.
- Gespaltene Reaktionen zeigen auch die EU-Kandidatenländer Mazedonien und Serbien. Serbien versucht einen Balanceakt zwischen europäischer Integration und traditioneller Freundschaft mit Russland, während Mazedoniens Außenpolitik klare Orientierung vermissen lässt. Auch in Bosnien-Herzegowina konnte sich die politische Führungsebene auf keine Position einigen. In der Republika Srpska wird die Abspaltung der Krim von politischer Seite instrumentalisiert, um eigene Sezessionsbestrebungen zu untermauern.



Inhalt

Albanien	2
Frank Hantke, FES Tirana	
Bosnien und Herzegowina	3
Judith Illerhues, FES Sarajevo	
Bulgarien	4
Regine Schubert, FES Sofia	
Kroatien	6
Dietmar Dirmoser, FES Zagreb	
Mazedonien	7
Stine Klapper, FES Skopje	
Montenegro	9
Momčilo Radulović	
Rumänien	11
Matthias Jobelius, FES Bukarest	
Serbien	13
Igor Novakovic	



Albanien

Frank Hantke
FES Tirana

Albanien unterstützt als NATO-Mitglied die offizielle Linie der Europäischen Union und der USA. Eine Stellungnahme Albaniens wurde besonders durch den Vergleich der Ukraine mit dem Kosovo provoziert.

Der russische Botschafter in Albanien drückte in gewisser Weise sein Bedauern aus, verwies aber darauf, dass Albanien sehr wohl die Bedeutung der Selbstbestimmung kenne.

Die albanische Regierung und ihr Außenminister bedauerten offiziell die Eskalation der Situation in der Ukraine. Der Außenminister betonte die territoriale Integrität der Ukraine, und dass nur das internationale Recht einen Rahmen für eine Lösung bieten könne. Nur eine abgestimmte Haltung der Internationalen Gemeinschaft könne helfen, eine militärische Auseinandersetzung, die die Situation ohnehin nur weiter destabilisieren würde, zu beenden beziehungsweise zu vermeiden. Daher drückte der Außenminister seine große Sorge über die schon bestehende Gewalt mit vielen Toten aus. Er rief alle Parteien auf, von gewaltsamen Maßnahmen abzusehen, um

mit politischer Reife und verantwortungsvollen Aktivitäten eine Rückkehr zum Dialog zu finden. Die albanische Regierung wird zwei Personen in die Observer-Gruppe der OSZE entsenden.

Ein wichtiger Faktor, der bei der Positionierung Albaniens in dieser Angelegenheit eine Rolle spielt, ist der Wunsch, die Bindung zu den USA zu halten und zu vertiefen. Dies gilt in gleicher Weise für das Verhältnis zur EU – insbesondere vor der Entscheidung der EU, Albanien voraussichtlich Ende Juni den Kandidaten-Status zu verleihen. Auch möchte man unmissverständlich deutlich machen, dass Albanien ein verlässlicher Partner in der NATO ist.

In den Medien und der Zivilgesellschaft findet das Thema Ukraine-Krise kaum Anklang. Dies weniger, weil man die offiziellen Positionen nicht unterstützt, sondern nur, weil die internen Probleme Albaniens die öffentliche Szenerie beherrschen: Die Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung werden immer grotesker, ein politischer Dialog zwischen beiden Blöcken existiert kaum. Die Verlautbarungen der Regierung wurden daher kaum wahrgenommen oder gar kommentiert – sieht man von einigen Artikeln auf den hinteren Seiten der Zeitungen ab.



Bosnien und Herzegowina

Judith Illerhues
FES Sarajevo

Die Entwicklungen in der Ukraine werden in Bosnien und Herzegowina aufmerksam verfolgt, aber eine offizielle Positionierung bleibt aus. Zwar geben sich auf Staatsebene Vertreter beider Landesteile in der seit 2010 regierenden Mehrparteienkoalition aus nationalistisch orientierten und sozialdemokratischen Parteien weiterhin proeuropäisch, doch mit Blick auf die Ukraine-Krise sind die außenpolitischen Präferenzen der beiden Landesteile äußerst divergent. Während die Föderation Bosnien und Herzegowina in der Ukraine-Krise eine proeuropäische Haltung einnimmt, betont die Republika Srpska (RS, Serbische Republik) die Nähe zu Russland. Die EU-Annäherung stagniert derweil seit Jahren. Das 2008 unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen trat bisher wegen ausbleibender Verfassungsreformen nicht in Kraft. Im Vakuum der EU-Annäherung liefern die Ereignisse in der Ukraine Bezugspunkte für eine Fortsetzung der Blockadepolitik und gleichzeitig Themen für den Wahlkampf.

Laut der Verfassung Bosniens und Herzegowinas obliegen Entscheidungen über außenpolitische Strategien der Präsidentschaft des Landes. Das dreiköpfige Gremium, das paritätisch besetzt ist und aus je einem serbischen, einem kroatischen und einem bosniakischen Präsidentschaftsmitglied besteht, vermochte aber nicht, sich zur Ukraine-Krise zu einigen.

Die kontroverse Debatte verläuft entlang der Grenze der beiden Landesteile (Entitäten). Sie spiegelt ein Phänomen wider, das symptomatisch für die politische Entwicklung im Land ist. Das Parteiensystem ist dominiert durch ethnische Partikularinteressen, die Einigungen und Reformen behindern. Im Zuge der Entwicklungen auf der Krim betonten Vertreter der kroatisch-bosniakisch dominierten Föderation die Bedeutung der Integrität

der Ukraine, gleichzeitig zog die politische Führung in der Republika Srpska Parallelen zum Fall Kosovo. Dabei folgt sie der russischen Position und versucht mit dem Verweis auf die Unabhängigkeit des Kosovo und der Abspaltung der Krim eigene Sezessionsbestrebungen zu untermauern. Die Drohung der Abspaltung des serbischen Landesteils wird vor allem von Milorad Dodik, Präsident der RS und Vorsitzender der Regierungspartei SNSD (Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten) kontinuierlich hervorgebracht. Die Forderung nach einem Unabhängigkeitsreferendum für den serbischen Landesteil ist somit auch das zentrale Thema, das den verfrüht begonnenen Wahlkampf zumindest in der RS dominiert. Für Oktober 2014 sind im Land Parlaments- und Präsidentschaftswahlen angesetzt.

Neben der Festigung des traditionell guten Verhältnisses zu Russland folgt die Republika Srpska auch einem wirtschaftlichen Kalkül. Das Land Bosnien und Herzegowina ist in hohem Maß von internationalen Geldgebern abhängig, der Internationale Währungsfond kündigte aber im Mai wegen mangelnder politischer Reformen die Aussetzung seiner regelmäßigen Tranchenzahlungen an. Die Republika Srpska überbrückt den aktuellen Liquiditätsengpass mit einem etwa 270 Millionen Euro umfassenden Kredit russischer Banken.

In der Medienberichterstattung erfuhr die Ukraine-Krise starke Beachtung. Erst mit der Hochwasserkatastrophe, die das Land Mitte Mai erlebte, schwächte die mediale Aufmerksamkeit ab. Im Post-Konflikt-Land Bosnien und Herzegowina lösten die Ereignisse in der Ukraine Assoziationen mit dem Zerfall Jugoslawiens und dem damit einhergehenden Bosnien-Krieg aus. Insofern war auch die mediale Auseinandersetzung emotional aufgeladen. Im Wesentlichen folgten aber die Medien den beiden oben skizzierten Richtungen. Gleichzeitig fand das Thema in der Zivilgesellschaft, die vor allem in der Föderation stark ist, weit weniger Beachtung als auf politischer Ebene.



Bulgarien

Regine Schubert
FES Sofia

Die Krise in der Ukraine und die Konfrontation zwischen Russland und der EU stoßen in Bulgarien auf große Aufmerksamkeit. In den bulgarischen Medien versucht man überwiegend ein objektives Bild der Ukraine-Krise zu zeichnen und allen Positionen gerecht zu werden. Dagegen überwiegen in den sozialen Netzwerken die prorussischen Kommentare.

Bulgarien ist wirtschaftlich, kulturell und historisch eng mit Russland verbunden. Man schreibt kyrillisch, die Sprachen sind verwandt, und man hat Russland nicht vergessen, dass es russische Soldaten waren, die Bulgarien im 19. Jahrhundert von der 500-jährigen osmanischen Herrschaft befreit haben, nachdem einige Zeit zuvor ein bulgarischer Volksaufstand blutig niedergeschlagen worden war. Im Warschauer Pakt galt Bulgarien als Moskaus treuester Verbündeter. Und auch heute steht die bulgarische Bevölkerung Russland in der Mehrheit positiv gegenüber.

Gleichzeitig jedoch ist man froh darüber, EU-Mitglied zu sein. Tatsächlich ist in keinem Land der EU die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft so hoch wie in Bulgarien. Selbstverständlich also, dass man vermeiden möchte, sich für die eine oder andere Seite, EU oder Russland, entscheiden zu müssen. Mehrheitlich sieht man sich nicht im Würgegriff des Kremels oder als Brückenkopf Russlands in der EU, wie deutsche Medien kürzlich schrieben. Vielmehr wird gerne das Bild der Brücke benutzt, als die man zwischen Russland und der EU dienen möchte.

Politisch hat dies zur Folge, dass die bulgarische Regierung vermeidet, in der Ukraine-Krise eine allzu klare Position zu beziehen. Am deutlichsten wurde man noch am 24. März im Konsultativrat für Nationale Sicherheit beim Staatspräsidenten, an dem neben dem Präsidenten auch der Ministerpräsident sowie weitere Regierungsmitglieder und die Fraktionsvorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien teilnehmen. Dort hat man sich gegen die Stimme der Fraktionsführung der rechtsextremen Partei Ataka auf Folgendes geeinigt:

- Das Referendum auf der Krim verstößt gegen das Völkerrecht und seine Ergebnisse werden von Bulgarien nicht anerkannt.

- Bulgarien ruft alle Seiten auf, jegliche Provokationen einzustellen.

- Bulgarische Institutionen sollen in einen aktiven Dialog mit der bulgarischen Minderheit in der Ukraine treten.

Die wichtigsten politischen Parteien vertreten unterschiedliche Meinungen bezüglich der Ukraine-Krise: Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) etwa verfügt traditionell über ein Wählerklientel, das eher prorussisch eingestellt ist und hält sich mit Kritik am russischen Vorgehen in der Ukraine weitgehend zurück. Und Ataka, der immer wieder nachgesagt wird, sie werde vom Kreml finanziert, versuchte zuletzt mit prorussischer Agitation zu punkten und sandte sogar Beobachter auf die Krim, die einen ordnungsgemäßen Ablauf des Referendums »bescheinigten« und das Ergebnis begrüßten.

Nach den Ereignissen von Odessa verabschiedete der Auswärtige Ausschuss des Parlaments am 8. Mai 2014 mit den Stimmen der BSP und der rechtsextremen(!) Ataka eine Erklärung, in der die ukrainischen Behörden zur Untersuchung der Ereignisse aufgerufen und aufgefordert werden, gegen rechtsextreme Gruppierungen vorzugehen. Weiterhin sollen der Dialog von Genf erneuert und paramilitärische Gruppen entwapfnet werden. Sanktionen, die Bürger der EU direkt betreffen und die Realisierung von Projekten wie South Stream behindern, werden abgelehnt.

Die Abgeordneten der DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten) sowie die der bürgerlichen Partei »GERB« (Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens) blieben der Abstimmung fern und äußerten bisher keine Kritik an Kiew. Daraus zu folgern, die bürgerlichen Parteien seien bar jeder Sympathie für Russland in der Ukraine-Krise, wäre jedoch falsch. GERB-Parteichef Boyko Borissov äußerte sich anerkennend über Präsident Putin, der seine Karten in der Krise am besten ausgespielt habe. Laut Borissov habe Putin keine weiteren Interessen in der Ukraine.

Wichtiger noch als die politischen sind die wirtschaftlichen Implikationen der Krise für Bulgarien, denn das Land ist eng mit der russischen Wirtschaft verflochten. Auch stellen Russen das Gros der Touristen in den bulgarischen Winterkurorten und an der Schwarzmeerküste. Enge Verbindungen reichen bis in die organisierte Krimi-



nalität. Energiepolitisch ist Bulgarien fast zu 100 Prozent von Russland abhängig. Daher befürchtet man, dass weitergehende Sanktionen gegen Russland Bulgarien besonders stark treffen.

Dass russische Firmen ihre Monopolstellung durchaus nutzen, zeigt sich etwa darin, dass Bulgarien als ärmstes EU-Land mit die höchsten Gaspreise in Europa zahlt. Dass generell von Russland in wirtschaftlichen Fragen Druck auf Bulgarien ausgeübt wird, ist wahrscheinlich.

Aktuell kreisen die Auseinandersetzungen um die Pipeline South Stream, die russisches Gas nach Bulgarien und von dort aus weiter in andere europäische Länder führen soll. Brüssel wirft Bulgarien vor, mit dem Bau von South Stream auf seinem Territorium EU-Recht zu brechen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorwurf laut, Bulgarien lasse sich von Russland Gesetze vorschreiben, um bewusst EU-Recht zu umgehen. Die Kritik aus Brüssel stieß in Bulgarien auf Unverständnis, teilweise auf Empörung. Die Bevölkerung hat nicht vergessen, dass man im Winter 2009 mehrere Wochen kein Gas bekam, da Russland seine Lieferungen an die Ukraine im Zuge der damaligen Krise stoppte, denn die russischen Gasleitungen nach Bulgarien führen über ukrainisches Gebiet. Dies geschah fast unbemerkt von der Öffentlichkeit in Westeuropa. In der jetzigen Krise werden Erinnerungen daran wieder wach und man setzt große Hoffnungen in

South Stream, die russisches Gas direkt nach Bulgarien leiten würde.

Andere Projekte, wie etwa die Trans-Adriatic-Pipeline, die zudem den Vorteil einer Diversifizierung der Energiequellen hätte, hält die bulgarische Regierung nicht für kurzfristig realisierbar. Von daher hat South Stream für die bulgarische Regierung Priorität. Außenminister Vigenin äußerte sich dahingehend, dass, solange man auf russische Energiequellen angewiesen ist, man dafür sorgen muss, dass zumindest diese zuverlässig fließen. Die EU-Kommission jedoch erhöhte zuletzt den Druck auf Sofia. Bulgarien droht nun ein Vertragsverletzungsverfahren. Ministerpräsident Oresharski kündigte daraufhin am 27. Mai nach einem Gespräch mit Kommissionspräsident José Barroso ein Einlenken an. Wie dieses aussieht, ist jedoch noch nicht bekannt. Staatspräsident Rosen Plevneliev kritisiert deshalb: »Es ist für mich ein Geheimnis, wie dies passieren soll, wo doch bereits bekannt gemacht wurde, wer [das Projekt] ausführen soll.« Auch hier gibt es einen Zusammenhang mit der Ukraine-Krise. Denn das bulgarische Teilstück von South Stream soll, wie erst kürzlich bekannt wurde, von Sroytransgaz gebaut werden. Hauptteilhaber von Sroytransgaz ist VolgaGroup, eine Firma, die Gennady Timchenko gehört. Dieser wiederum gilt als sechstreichster Mann Russlands mit engen Beziehungen zu Putin. Seit März steht Timchenko auf der Sanktionsliste der Vereinigten Staaten.



Kroatien

Dietmar Dirmoser
FES Zagreb

Die Reaktionen offizieller Stellen auf die Entwicklungen in der Ukraine waren bislang beiläufig und verhalten. Einlassungen gibt es lediglich von Außenministerin Vesna Pusic, die pflichtschuldigst Journalistenfragen beantwortet hat. Sie verurteilte die Gewaltanwendung der Konfliktparteien und verteidigte die EU-Sanktionspolitik. Eigene Akzente hat sie nicht gesetzt, was der offiziellen Linie entspricht, die außen- und militärpolitischen Positionen der EU und der NATO unauffällig mitzutragen. Für eine intensivere Auseinandersetzung der Regierung mit der Krise in der Ukraine gibt es aber auch deshalb keinen Anlass, weil in der Zivilgesellschaft darüber nicht diskutiert wird, und weil die Presse ihre Aufmerksamkeit niedrig und nach dem Nachrichtenwert der Tagesereignisse dosiert.

Aus kroatischer Perspektive ist die Ukraine weit weg im Osten. Seit der Unabhängigkeit orientiert sich das Land an den nördlichen und westlichen europäischen Nachbarn, auf die auch die mediale und politische Aufmerksamkeit gerichtet ist. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen und Verflechtungen mit der Ukraine rudimentär sind; von Kooperationsansätzen aus jugoslawischen Zeiten ist wenig übrig. Eine Ausnahme ist ein größerer Auftrag zur Modernisierung von kroatischen MIG21-Jagdflugzeugen, der an eine Spezialfirma in Odessa erging. Dort wird seit Ende vergangenen Jahres an mehreren Maschinen gearbeitet und in dem Maße wie die Konflikte in der Ukraine sich verschärften, wuchs in Kroatien die Sorge, ob man die Flugzeuge zurückbekommen würde. Mitte April wurden zwei Maschinen auf dem Landweg über Ungarn nach

Kroatien zurückgeschickt. Auf die Frage, ob sich aktuell weitere Maschinen in der Ukraine befinden, gibt es keine offizielle Antwort.

Ein weiterer Grund für die kroatische Regierung, das Thema Ukraine diskret zu behandeln, liegt darin, dass man Russland nicht verärgern will. Kroatien deckt die Hälfte seines Energiebedarfs durch Importe, ein Drittel des verbrauchten Erdgases kommt aus Russland. Die Abhängigkeit von russischem Gas ist zwar deutlich geringer als bei einer Reihe anderer Staaten der Region, gleichwohl betrachtet die kroatische Regierung die energiepolitischen Auswirkungen des Ukraine Konflikts und die Verschlechterung der europäisch-russischen Beziehungen mit Sorge. Dies auch, weil in der nationalen Energiestrategie eine Beteiligung an dem russischen South-Stream-Pipeline-Projekt ein nicht unwichtiges Element zukünftiger Versorgungssicherheit darstellt. Doch könnte nun das festgefahrene Projekt für den Bau eines Flüssiggashafens auf der Insel Krk durch die Ukraine-Krise neuen Schub bekommen. Die Staaten der Visegrád-gruppe (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei) sondieren aktuell zusammen mit Kroatien in den USA über die Möglichkeit von US-Flüssiggasexporten, die zumindest teilweise russisches Gas ersetzen sollen, nach Europa. Als Verteilerknoten sind ein polnischer Hafen und die kroatische Insel Krk im Gespräch.

Im April erhielt die Zagreber Regierung – wie die 17 weiteren Staaten – ein Schreiben von Wladimir Putin, in dem der russische Präsident vor Einschränkungen der Gaslieferungen nach Europa warnte, wenn die Ukraine nicht bald ihre Gasschulden begleiche. Die kroatische Regierung hat auf die russische Aufforderung, Druck auf die Ukraine auszuüben, bislang nicht öffentlich reagiert.



Mazedonien

Stine Klapper
FES Skopje

Die Debatte um die Ereignisse in der Ukraine ist in Mazedonien von mehreren Faktoren beeinflusst. Dabei spielt sowohl die eigene außenpolitische Verortung im Spektrum zwischen den euroatlantischen Institutionen auf der einen und der russischen Einflussosphäre auf der anderen Seite als auch das innenpolitische Spannungsfeld des multi-ethnischen Staates eine Rolle. Zuvorderst erfährt diese Debatte jedoch eine äußerst geringe Aufmerksamkeit. In dem kleinen Zwei-Millionen-Land dominiert die eigene innenpolitische Krise die Berichterstattung sowie jede Positionierung der politischen Kräfte.

Der Beginn der Krise in der Ukraine fiel in eine Zeit, in der sich in Mazedonien erneut vorgezogene Parlamentswahlen ankündigten. Es folgte ein scharfer Wahlkampf, auf den sich alle politischen Kräfte wie auch die Öffentlichkeit konzentrierten. Nachdem die Wahlen im April gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, hat sich die innenpolitische Krise zugespitzt. Die Opposition erkennt die Wahlen nicht an und will durch die Rückgabe der eigenen Mandate gegen die Beschneidung von demokratischen Verfahren, Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten durch die Regierung vorgehen. Vor diesem Hintergrund bleibt den Vorgängen in der Ukraine wie auch anderen Ereignissen außerhalb des eigenen Landes wenig Raum in der öffentlichen Debatte.

Trotz dieser geringen Aufmerksamkeit haben die Vorgänge in der Ukraine dennoch einige Anknüpfungspunkte im mazedonischen Interessenfeld. Die offiziellen Statements der Regierung aus rechtspopulistischer ethnisch-mazedonischer VMRO DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit) und ethnisch-albanischer DUI (Demokratische Union für Integration) waren bisher vor allem von diplomatischer Zurückhaltung geprägt. Es wird zum Dialog unter Einbeziehung aller Stakeholder aufgerufen und vor einer Eskalation der Situation gewarnt. Darüber hinaus ist die Regierung sehr verhalten, was sowohl außenpolitische wie auch innenpolitische Gründe hat. Die Regierung bestand vor der Wahl im April, ist noch geschäftsführend im Amt und verhandelt momentan über die Weiterführung.

Der außenpolitische Kompass des Landes zeigt zurzeit keine eindeutige Richtung. Das Land ist in einem Vakuum zwischen Stillstand in der euroatlantischen Integration und einem verstärkten Flirten mit alternativen Orientierungspunkten wie der Russischen Föderation. Offiziell ist das Ziel aller politischen Kräfte, inklusive der VMRO DPMNE, der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO. Dieser euroatlantischen Linie entsprechend wurde auch die Ukraine-Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterstützt.

Das offizielle Bekenntnis der Regierung zur euroatlantischen Integration steht momentan auch nicht zur Debatte. Das liegt nicht zuletzt an dem ethnisch-albanischen Koalitionspartner DUI, der sich aus historischen Gründen stark proamerikanisch orientiert. Damit steht auch der NATO-Beitritt für DUI ganz oben auf der Agenda. So kündigte die Partei an, aus der Regierungskoalition auszutreten, sollte Mazedonien im September nicht der NATO beitreten. Doch nicht nur die Vertreter der ethnisch-albanischen Bevölkerungsgruppe verweisen auf die Spannungen in der Ukraine, um für den eigenen NATO-Beitritt zu werben. Mit Wohlwollen wird aufgenommen, dass sich in den USA aufgrund der Ukraine-Krise mehr Interesse an einer Einbindung Südosteuropas in die Allianz artikuliert. Ebenso nutzte der mazedonische Außenminister Nikola Poposki die allgemeinen Aufrufe aus der EU und den USA, im Falle der Ukraine internationales Recht zu respektieren, um auf die eigene Lage aufmerksam zu machen. Seit Jahren blockiert Griechenland die Aufnahme Mazedoniens in die EU und die NATO, da es den Namen des nördlichen Nachbarn nicht anerkennt. Einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zufolge müsste Griechenland den Ersatznamen »ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien« jedoch akzeptieren und damit die Blockade des Landes aufgeben. Im Nachklang der westlichen Appelle zur Achtung internationalen Rechts in der Ost-Ukraine setzte das mazedonische Außenministerium an, erneut verstärkt Druck durch die USA und die EU auf Griechenland zu fordern.

Parallel zu diesen Statements und dem offiziellen Bekenntnis zur euroatlantischen Integration zeigt die aktuelle mazedonische Regierung jedoch de facto kein Interesse daran, sich auf die europäischen Konditionalitäten einzustellen. Gleichzeitig finden Avancen in Richtung Russland statt, die weniger durch die offiziellen Regierungsvertreter, sondern primär von Kommentatoren in



den ausschließlich regierungsnahen Medien formuliert werden. Dabei wird polarisiert und nicht auf eine mögliche Kooperation in beide Richtungen verwiesen. Die Kommentatoren sehen in Russland nicht nur ökonomisch eine Alternative zum Westen, sondern betonen auch geteilte Werte und den russischen Respekt einer identitätswahrenden kulturellen Selbstbestimmung Mazedoniens. Entsprechend wird viel Verständnis und auch Unterstützung für das Handeln Russlands in der Ukraine-Krise ausgedrückt. Die verhaltenen Stellungnahmen der Regierung zur Situation in der Ukraine und ihre bisher ausbleibende Unterstützung der Sanktionsbeschlüsse der EU sind auf diese Sympathien gegenüber Russland zurückzuführen. Dies findet aufgrund der Frustration durch die EU-Blockade und im Klima eines wachsenden Nationalismus auch Anklang in der Bevölkerung, auch wenn sich eine zwar abnehmende aber immer noch sehr große Mehrheit für eine Annäherung an EU und NATO ausspricht.

Des Weiteren ist das außenpolitische Lavieren, das sich in einer Zurückhaltung in Bezug auf die Ukraine äußert, auch von innenpolitischen Faktoren beeinflusst. Dabei spielt vor allem die multi-ethnische Zusammensetzung des Landes eine Rolle. Abspaltungstendenzen der eth-

nisch-albanisch dominierten Regionen sind zwar nicht unmittelbar akut, aber bei einer Eskalation der bestehenden unterschwelligten Spannungen nicht auszuschließen. Aufgrund dieser nicht vollständig zu vernachlässigenden Parallele gibt es trotz der Sympathiebekundungen für Russland aus dem Umfeld der VMRO DPMNE keinerlei Unterstützung für die Separatisten. Es wurde vielmehr darauf verwiesen, dass der Westen durch die Unterstützung des Kosovo einen Präzedenzfall geschaffen habe, dem Russland mit seiner Haltung zu den Entwicklungen auf der Krim folgt.

So schlägt der mazedonische Kompass im Falle der Ereignisse in der Ukraine nicht eindeutig aus. Die Zivilgesellschaft und die politische Opposition äußern sich kaum zu den Vorgängen und kritisieren auch nicht die Unentschiedenheit der Regierung. Die innenpolitische Situation dominiert eindeutig. Somit sind die Ereignisse in der Ukraine ein gutes Beispiel dafür, wie wenig Raum die innenpolitische Krise für eine außenpolitische Debatte über den Namensstreit hinaus lässt, und dass in Mazedonien, auch durch die Dauerblockade der euroatlantischen Institutionen, eine klare internationale Verortung unmöglich ist.



Montenegro

Momčilo Radulović

European Movement in Montenegro

The unfortunate chain of political events in Ukraine and in particular the internationalisation of its consequences had a direct and strong impact on the internal as well as external political and economic position of Montenegro. Political influences of the Ukraine crisis on the political developments in Montenegro and its foreign policy position have been significantly more diverse and stratified through various levels of internal as well as external political communication.

Even though Montenegro had a clear priority of European and Euro-Atlantic integration, one has to underline the Montenegrin government's extremely strong and decisive positive response to the initiatives launched by the EU and NATO partner countries and institutions in connection with the Ukrainian crisis. Namely, Montenegro was the only candidate country from the Western Balkans to fully join EU political decisions on the situation in Ukraine (in addition, Albania which has not yet been granted candidate status made the same political decision). This is in line with the Montenegrin government's highly positive practice of aligning with the EU political decisions and attitudes, manifested throughout the previous period.

Nonetheless, the country's latest alignment related to the implementation of sanctions against certain persons, entities and bodies in view of the situation in Ukraine, mostly affecting Russian entities, has become much more than just a formal expression of political orientation, having a number of consequences for Montenegro's internal and external political relations.

This level of importance and long-lasting strategic effects of the Montenegrin government's decision to back the EU sanctions against Russia was the result of a combination of several factors in the domestic as well as foreign political environment.

Firstly, social, political and economic relations between Russia and Montenegro are deeply rooted in both nations' historical and cultural heritage. This is especially true in the case of Montenegrins, who still cherish the vision of Russia as the cradle of Orthodox Christianity

on many historical and social levels, almost in a cult-like manner. Even though such a perception of the relations with Russia is predominantly linked to the conservative and clericalised segment of the population, it is not uncommon among the pro-European voters supporting more liberal stands, either.


Montenegro's strong economic relations with Russia, its companies and people, which have especially intensified since it became independent, are linked to this heritage. The local elections held in Montenegro on 25 May 2014, in which two leading opposition groups strongly condemned Montenegro's support for the EU sanctions against Russian entities, was yet another burden on the entire situation in which the decision was taken.

Finally, an additional external pressure followed in the shape of the Russian Foreign Ministry statement, unusually »rich« with not so diplomatic vocabulary, in which the Montenegrin decision to join EU sanctions and Djukanovic personally were strongly attacked.

Having all that in mind and even though the Djukanovic's government has set the country's EU and NATO membership as an absolute priority, it has taken a lot of political maturity and courage to make such a risky political move and to take a clear and unreserved stand on the course of the crisis as well as the further development of European, Euro-Atlantic and international relations in general.

However, the decision taken by the authorities in Podgorica should also be linked with a significant intensification of the government's activities aimed at being invited to join NATO at the Alliance's next summit, scheduled to take place in Wales in the autumn of 2014. In this context, Prime Minister Milo Djukanovic and Foreign Minister Igor Luksic have repeatedly stressed that »one cannot sit on two chairs« and that Montenegro's interests are clearly oriented towards joining NATO as soon as possible and stepping up EU negotiation talks.

As for the above policy of »sitting on two chairs«, some EU officials have sent controversial messages, like EU Enlargement Commissioner Stefan Füle who, after a meeting with Serbian Prime Minister Aleksandar Vucic, said that he fully understood Serbia's position not to join the EU positions on Ukraine and Russia. At the same time,



it was not notified that the same official openly praised Podgorica's moves in favour of the EU.

Moreover, after an ambiguous statement by the EU ambassador in Podgorica, a number of private, pro-opposition media in Montenegro saw their chance for manipulation, calling into question in a radical or sophisticated manner the entire decision to support the EU sanctions, with even the media declaring themselves as being pro-EU and pro-NATO. However, such an interpretation of the government's decision by these media should be placed in the context of local elections, the pre-election campaign and their open anti-Djukanovic attitude, which has obviously overshadowed the bigger picture of the importance of Montenegro's decision to

support EU activities. On the other side, a number of pro-EU and pro-NATO NGOs have publicly supported the government's decision.

Nevertheless, despite these controversial interpretations, the results of the local elections held in Montenegro on 25 May 2014 have shown that Djukanovic's political 'gambling' and defying of the traditional political heritage in Montenegro have been worth his while, helping strengthen his positions both at home and internationally. This is especially true as regards the issue of being eventually granted full membership in NATO, in connection with which Montenegro has opted fully and unreservedly for the Western countries and their values.



Rumänien

Matthias Jobelius
FES Bukarest

Rumänien grenzt an die Ukraine und die Republik Moldau. Das Land gehört zu den Schwarzmeer-Anrainerstaaten und bildet eine der Ostgrenzen der NATO. Odessa, wo Anfang Mai 2014 über 40 Menschen bei Auseinandersetzungen starben, liegt nur 300 Kilometer von rumänischem Staatsgebiet entfernt. Schon Rumäniens Lage und seine geopolitische Verortung bergen manches Konfliktpotenzial im Verhältnis zu Russland. Und tatsächlich sind die russisch-rumänischen Beziehungen seit Jahren angespannt. Die Liste der Gründe ist lang: Rumäniens Nato-Beitritt im Jahr 2004, seine Unterstützung für die Westintegration der Republik Moldau, seine Mitwirkung am Aufbau eines US-Raketenabwehrschirms in Europa, die zu Moskau gegensätzlichen energiepolitischen Strategien und Interessen – um nur einige der Gründe jüngerer Datums zu nennen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die Entwicklungen in der Ukraine in Rumänien zahlreiche Reaktionen hervorriefen. Bukarest sprach sich entschlossen für Sanktionen gegen Russland aus und fordert von der NATO eine stärkere und permanente militärische Präsenz, sowohl im eigenen Land, als auch in den anderen östlichen Bündnisstaaten.

Rumäniens Sorge um die Sicherheitslage in der Republik Moldau

Zu Beginn der Ukraine-Krise konzentrierte sich die politische Debatte in Rumänien darüber hinaus auf die Rechte und die Sicherheit der rumänischen Minderheit in der Ukraine. Inzwischen gilt Rumäniens größte Sorge allerdings einem möglichen Übergreifen der Ukraine-Krise auf die Republik Moldau. Rumänien teilt mit der Moldau eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Sprache. Viele Moldauer leben und arbeiten in Rumänien oder haben eine doppelte Staatsbürgerschaft. Russlands Versuche, eine EU-Integration ehemaliger Sowjetrepubliken zu verhindern, lässt die Sorge aufkommen, dass auch die ohnehin politisch instabile Republik Moldau unruhigen Zeiten entgegenseht. Ende Juni soll die Moldau ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen. Vertreter der russischen Regierung haben der Moldau bereits mit Konsequenzen gedroht, sollte

das Abkommen unterschrieben werden. Angesichts des Konflikts um die abtrünnige Region Transnistrien im Osten und die separatistischen Bestrebungen in der autonomen Region Gagausien im Süden der Republik Moldau, fürchtet die Regierung in Bukarest, dass es zu einer Eskalation der Sicherheitslage im Nachbarland kommen könnte. Was, wenn der NATO-Staat Rumänien sich dann zum Schutz rumänischer Staatsbürger in der Moldau genötigt fühlen würde?

Vereinigungsfantasien und verbale Eskalation

Russland und prorussische Akteure in der Moldau vermuten hinter Rumäniens Unterstützung für den moldauischen EU-Integrationskurs indes versteckte Expansionspläne für eine Vereinigung beider Staaten, NATO- und EU-Mitgliedschaft für die Moldau inklusive. Die Vereinigung Rumäniens mit »Bessarabien«, jener historischen, rumänisch bevölkerten Region, die heute einen großen Teil der Republik Moldau ausmacht, hat sowohl in Rumänien, als auch in der Republik Moldau Anhänger. Rumäniens Staatschef Basescu forderte erst zu Beginn des Jahres einen solchen Schritt. Angesichts der Ukraine-Krise und der sich zuspitzenden geopolitischen Auseinandersetzung in der Moldau sind solche Forderungen brandgefährlich und spielen vor allem den innenpolitischen Gegnern des moldauischen EU-Integrationskurses in die Hände. Entsprechend distanzierte sich sowohl die rumänische, als auch die moldauische Regierung von Basescus Äußerungen.

Einen Vorgeschmack darauf, wie schnell eine Situation entgleisen kann, gab es Anfang Mai, als Rumänien den Luftraum für Russlands Vize-Premier Rogozin sperrte, als dieser auf dem Weg von Moskau nach Transnistrien war. Rogozin steht auf der EU-Sanktionsliste und sein Besuch in Transnistrien war nicht bei der moldauischen Regierung angemeldet worden. Als Reaktion auf die Verweigerung der Überflugrechte teilte Rogozin über Twitter mit, das nächste Mal werde er an Bord einer TU-160 kommen. Die Nachfrage des rumänischen Außenministeriums, ob es offizielle Position Russlands sei, das NATO-Mitglied Rumänien demnächst mit Russlands größtem strategischem Langstreckenbomber TU-160 heimsuchen zu wollen, blieb unbeantwortet. Die Empörung war entsprechend groß und Rumänien sah sich in seiner Forderung nach mehr NATO-Militär im Osten bestätigt.



Politische Korruption als Sicherheitsrisiko

Die Ukraine-Krise hat in Rumänien neben außenpolitischen Aspekten auch Auswirkungen auf gesellschaftspolitische Sachverhalte und Fragen, darunter die Bekämpfung politischer Korruption und die Energiepolitik. Korruption sorgt in Südosteuropa immer wieder für politische Instabilität. Sie sichert Partikularinteressen Einfluss auf politische Entscheidungen. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise nehmen einige Bündnispartner die weit verbreitete politische Korruption im NATO-Land Rumänien anscheinend zunehmend als Sicherheitsrisiko wahr. Im April erklärte das US-Außenministerium die Korruptionsbekämpfung in Ostmittel- und Südosteuropa zu einer Priorität. Es fällt auf, dass seit Beginn der Krise in der Ukraine die rumänischen Strafverfolgungsbehörden entschlossener gegen jene Bürgermeister und Kreisratsvorsitzenden vorgehen, die aufgrund ihrer umstrittenen Amtsführung und ihres großen Einflusses in Politik und Wirtschaft in der rumänischen Öffentlichkeit als »Lokalbarone« bekannt sind. Dazu zählt auch der Bürgermeister von Constanta, Rumäniens wichtigster Küstenstadt, deren militärstrategische Bedeutung als Schwarzmeerhafen im Zuge der Ukraine-Krise gewachsen ist.

Künftige Energiepolitik im Fokus

Neue geostrategische Bedeutung gewinnt auch Rumäniens Energiepolitik. Rumänien fördert eigenes Gas und Öl und ist in weit geringerem Umfang von russischen Energielieferungen abhängig als die meisten seiner Nachbarstaaten. Dennoch wäre das Land von einem Stopp russischer Gaslieferungen betroffen. Die Ukraine-Krise hat in Rumänien die Debatte um Strategien für mehr Energieunabhängigkeit befördert. Bei seinem Staatsbesuch in Bukarest im Mai forderte US-Vizepräsident Biden Rumänien auf, seine Gasförderungen und die Energieinfrastruktur auszubauen. Dazu würde auch die umstrittene Erschließung von Schiefergasreserven durch Fracking zählen. Die rumänische Regierung hat bereits Lizenzen für Probebohrungen zur Erkundung der rumänischen Schiefergasreserven erteilt, insbesondere an den US-amerikanischen Konzern Chevron. Die Ukraine-Krise spielt den Befürwortern der Schiefergasförderung in die Hände. Die Erkundungen stoßen dennoch auf massiven Protest in der rumänischen Bevölkerung. Zu Rumäniens energiepolitischen Kernprojekten gehört auch eine neue, von der EU unterstützte Pipeline zwischen der rumänischen Stadt Iasi und dem moldauischen Ungheni. Sie soll Gaslieferungen aus Rumänien in die Republik Moldau möglich machen und dadurch Moldaus Energieabhängigkeit von Russland reduzieren helfen. Der Bau der nur 43 Kilometer langen Pipeline begann im August 2013. Noch in diesem Jahr soll sie erstes Gas in die Moldau liefern, sehr zum Missfallen Moskaus.



Serbien

Igor Novakovic
International and Security Affairs Centre

Ever since its beginning, the Ukraine crisis has had a profound influence on Serbian domestic and foreign policy, though more in political than in practical or economic terms.

Political symbolism of the Ukraine crisis and in particular Russia's actions in Crimea are much more important. The status of Crimea and the territorial integrity and sovereignty of Ukraine are in direct correlation with the Serbian approach towards the Kosovo issue. In March this year, Putin remarked that the referendum and Crimea's accession to Russia are in coherence with international law, alluding to the case of Kosovo. The Declaration of Independence of the Autonomous Republic of Crimea refers to the Kosovo Declaration of Independence and the confirmation of its status by the United Nations Court of Justice ruling in 2010.

One would believe that due to efforts in the international arena to preserve its own territorial integrity and the curb the consequences of Kosovo's declaration of independence in 2008, Serbia would publically denounce actions of Russia in Crimea in total and align itself fully with the EU's CFSP. However, that did not happen. During the previous period, Russia, together with China, was Serbia's ally in the UN Security Council (UNSC), preventing eventual recognition of Kosovo's independence, and preserving the validity of the UN SC Resolution 1244. Thus, there is a paradox that Russia is backing Serbia's territorial integrity while undermining the territorial integrity of the other state by justifying it with the situation on Kosovo. On the other hand, there is a pressure on Serbia by the West to align with the EU approach. This situation renewed the discussion in Serbia about its foreign policy orientation, but also about the process of negotiations with the EU and possible »politization« of the Chapter 31 (Foreign, Security and Defence Policy) in the near future.

In the moment of the outbreak of the Ukrainian crisis, Serbia was in somewhat peculiar position, due to the approaching extraordinary elections scheduled for March 16. Ivica Dacic, the Prime Minister at the time, said that after the elections the new government will adopt an official standpoint towards the Ukraine crises, assuring

the public that it would be a »balanced approach«. In other words, Serbia would try to balance between the fact that it is an EU candidate country and the fact that it is a traditional friend of Russia, and that »friendship cannot be endangered by anything or anyone.« Than the first vice-president, Aleksandar Vucic, said that »Serbia would not take lessons from those that easily violated Serbia's own territorial integrity« and »that Serbia is on the EU path, Serbia will respect its international obligations, but Serbia will not have an enemy attitude towards Russia.« On March 28th, at the vote in the UN on the Ukraine's territorial integrity, Serbia did not vote in favour nor against, it abstained.

The new government was formed in April 27th, when the new Prime Minister, Aleksandar Vucic, repeated similar words in his expose: »Recent unrest and clashes between the East and the West are not in favour of Serbia. When our friends clash between themselves, we do not see a chance for profit. Serbia does not want to be a part of those tensions. Serbia will never be able to give up its friendship with Russia, furthermore that would not be a moral stance.« He has underlined this fact again, answering one MP question: »the Government of Serbia will fulfil all of the conditions for the EU membership by the end of its mandate, and it is on the member states if Serbia will get a green light for the integration, not on Serbia. As far as we are concerned, Russia is a friend of Serbia, it was like that in the past, it is the fact today and it will remain the fact in the future. As for the territorial integrity of all of the states in the world, Serbia protects its own territorial integrity, and Serbia protects territorial integrity of all UN member states.«

To this date, the government remains on its »balanced approach« and did not take an official standpoint on the Ukrainian government. However, until May 26th, there were 6 declarations issued by the EU's High Representative for Foreign Affairs and Security Policy on the situation in Ukraine, and Serbia did not align with a single one. Within the OSCE ranks the situation is similar: Serbia did not align with 22 EU statements on Ukrainian crisis within in the Permanent Council and 12 within the Forum for Security Cooperation.

There are several reasons for this attitude: Serbia still needs Russia as a leverage in the Kosovo issue, what was clearly visible before the 9th and 10th round of politi-

cal talks in Brussels between Belgrade and Pristina, just before the conclusion of the Brussels agreement in April 2013, when Serbia's Prime Minister went to consultations to Moscow. In addition, one must keep in mind that Serbia was heavily hit by the crisis, and none of the governments dared to make necessary economic reforms to create suitable conditions for sustainable growth.

The consequence is that governments are more open for »international arrangements« that would result in new loans and new investors. Since 2008, Russia is much more present in Serbia, politically and economically. Gazprom is the major shareholder of the National oil company of Serbia (practically holding a monopoly on oil production market in Serbia) and major provider of natural gas for Serbia (via companies YugoRosgas and Serbijagas). Serbia also counts on the construction of the South Stream Pipeline on its territory, as one of the key infrastructural projects that would guarantee energy security, but also an economy boost. The Government also counts on already promised Russia's loans for infrastructural project; Serbia is also one of the rare countries that has a free trade agreement with Russia, and

numerous companies have their interest in preserving good relations with this country. And finally Russia has a strong influence in the public discourse of Serbia, since it is considered to be a traditional friend, especially after the declaration of Kosovo's independence. This influence is so visible, that only a few days after setting up the new government, the Prime Minister, unofficially visited Moscow. At this moment there is practically no one in the government, who would dare to make similar moves like Montenegro did.

At present, the most of the media are silently supporting government's position, except the few independent, liberal media. While speculating about the compatibility of the current Serbian attitude towards Russia and its European obligations, there is no widespread criticism. In fact, it seems that there is a widespread understanding. Civil society, especially those traditionally more liberal oriented, express their concern about the current foreign policy orientation and criticize, to an extent, Serbia's attitude underlining that the EU obligations should have an absolute priority.



Die Autor_innen

Frank Hantke, FES Tirana

Judith Illerhues, FES Sarajevo

Regine Schubert, FES Sofia

Dietmar Dirmoser, FES Zagreb

Stine Klapper, FES Skopje

Momčilo Radulović, European Movement in Montenegro

Matthias Jobelius, FES Bukarest

Igor Novakovic, International and Security Affairs Centre

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-7726 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-901-8